Der Fluch der Bodenschätze

Die Folgen des Bergbaus in den Anden

Bergbau in den Anden hat eine lange Geschichte. Der ungehemmte Raubbau an den Bodenschätzen (Kupfer, Gold, Zink, Silber) hat jedoch drastische Folgen für das ökologische Gleichgewicht und die Lebensverhältnisse der Menschen in den Bergbauregionen. Fast die Hälfte der Landbevölkerung lebt in Armut, soziale Missstände und Gesundheitsprobleme häufen sich. Ein Blick nach Peru.

von Eva und Mattes Tempelmann

Es ist ein gewaltiger Bergkamm, der sich über die gesamte Westküste Lateinamerikas erstreckt, die Anden, bewundert, gefürchtet, sagenumwoben. Es ist die längste Gebirgskette der Erde, 7500 Kilometer von Venezuela an der Karibikküste über Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien bis hinunter nach Patagonien an der Südspitze Argentiniens und Chiles. Die höchsten Berge sind fast 7000 Meter hoch, mehrere Dutzend höher als 6000 Meter. Dazwischen liegt auf 3000 bis 4000 Metern Höhe das *Altiplano*, das zentrale Hochland zwischen den parallel verlaufenden Hauptketten der westlichen und östlichen Andenkordillere.

Fotos: Eva Tempelmann

Wandbild in Celendín bei Cajamarca: Ich passe auf mein Land auf – und du? CONGA geht gar nicht

Die Anden zählen zu den erzreichsten Regionen der Welt. In den Bergen lagern immense Vorkommen von Gold und Silber, Kupfer, Blei und Zink, entstanden durch jahrtausendealten und bis heute fortbestehenden Vulkanismus. Bergbau und Metallurgie haben in Peru eine lange Tradition. Schon lange vor der Zeit der Inka, deren Goldreichtümer bis heute legendär sind, begann die Verarbeitung von Gold, Silber und Kupfer. Aber erst mit der Eroberung und Kolonisierung des lateinamerikanischen Kontinents durch die Spanier bekam der massive Abbau von Ressourcen, Materialien und Edelmetallen seine Dramatik, die der 2015 verstorbene Schriftsteller Eduardo Galeano in seinem Werk „Die offenen Adern Lateinamerikas" (1971) beschrieb. Als die Spanier im 16. Jahrhundert die Inkastädte Cajamarca und Cuzco plünderten, ließen sie tonnenweise hochkarätiges Gold wegschaffen. Im Cerro Rico, dem „Reichen Berg" in Bolivien, stießen sie auf riesige Silberadern. Bis zu 220 Tonnen Silber pro Jahr ließen die Konquistadoren nach Europa verschiffen. Es sind Jahrhunderte der Plünderungen, der Gier und der Verbrechen, Abertausende Indigene starben in den Bergwerken an Erschöpfung, Krankheiten oder am giftigen Quecksilber, mit dem das Edelmetall bis heute aus dem Stein gelöst wird.

Heute ist der Bergbau in vielen Ländern Lateinamerikas eine der Haupteinnahmequellen. Peru bezeichnet sich seit Jahren als *país minero*, als Bergbauland. 2011 bestanden 59 Prozent der Exporte Perus aus Mineralien. Damit hat das Land in den letzten 20 Jahren das Wirtschaftswachstum so enorm angekurbelt, dass vielen der Bergbau als der einzige Weg für (wirtschaftliche) Entwicklung gilt. In der Tat ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. 2004 lebten nach Angaben des Nationalen Statistikamts INEI und der Weltbank noch 58,7 Prozent der Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze, 2013 waren es nur noch 23,9 Prozent. Die extreme Ungleichheit zwischen städtischen und ländlichen Gebieten blieb allerdings bestehen. Javier Jahncke, Direktor des bergbaukritischen Netzwerks *Red Muqui* in Lima, sagt, dass vom Bergbau nur wenige profitierten und die Perspektiven nicht langfristig genug seien. „In vielen Regionen, in denen Bergbau stattfindet, ist die Armutsrate drastisch gestiegen", bemerkt er und verweist auf die Region Cajamarca im Norden Perus, Standort der viertgrößten Goldmine der Welt und eine der ärmsten Regionen des Landes.

Peru ist derzeit der größte Silberproduzent weltweit, beim Kupferabbau steht das Land an zweiter, beim Goldabbau an sechster Stelle. Ein Fünftel des peruanischen Staatshaushalts wird durch Steuereinnahmen im Rohstoffabbau finanziert, 60 Prozent der Exporterlöse resultieren aus dem Rohstoffhandel. Mittlerweile sind für den Abbau von Mineralien

ila395.pmd 11 11.05.2016, 14:28

15 Millionen Hektar Fläche an ausländische Bergbaufirmen vergeben, mehr als die Fläche der Beneluxstaaten. 21 Prozent der gesamten Landesfläche Perus ist konzessioniert, das heißt, für Bergbauaktivitäten freigegeben. In manchen Regionen wie Apurimac, Ancash oder La Libertad sind es über 60 Prozent. Im Regenwaldgebiet ist eine weitere Fläche von der Größe der Niederlande für die Förderung von Erdöl, Erdgas, Gold und Holz vergeben.

Bereits in den 90er-Jahren hatte die damalige Regierung unter Alberto Fujimori den Bergbau massiv gefördert, um Investoren ins Land zu holen. Unterstützt wurde dieser Kurs von der Weltbank, die sich dadurch eine schnellere Tilgung der Auslandsschulden Perus versprach. Die hohe Qualität der peruanischen Bodenschätze und die zahlreichen Anreize vonseiten der Regierung lockten internationale Großkonzerne ins Land.
Mehr als 25 Jahre nach dem ersten Rohstoffrausch finden die Minenunternehmen in Peru immer noch ein wahres Steuerparadies vor. Den internationalen Anlegern winkten steuerliche Vergünstigungen gepaart mit minimalen Umweltauflagen, großzügigen Konzessionen für den offenen Tagebau und rücksichtslosen Enteignungsmaßnahmen.
Nach wie vor ist Peru vom Export seiner Bodenschätze abhängig. Der Anstieg der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt seit 2005 hatte zu einer ungehemmten Ausbeutung der Ressourcen geführt. Eine wirtschaftliche Diversifizierung hat nicht stattgefunden. Nun, da die Rohstoffpreise wieder sinken, setzt die Regierung alles auf eine Karte, um dem Preisverfall entgegenzusteuern: Sie baut die Schürfrechte weiter aus. Seit 2013 hat sie mehrere Gesetzespakete verabschieden lassen, die sogenannten *paquetazos*, die den Schutz der kollektiven Rechte auf Land drastisch einschränken und Umwelt- und Menschenrechte aufweichen, um Investitionen zu fördern. Mit Deutschland schloss Peru 2014 ein Rohstoffabkommen, mit dem sich das Andenland Einnahmen und Deutschland Rohstoffe sichern will, mit minimalen Umwelt- und Sozialauflagen.
Der bald aus seinem Amt scheidende Staatspräsident Ollanta Humala hatte in seiner Wahlkampagne von 2011 noch groß angekündigt, dass er alle Verträge mit Bergbauunternehmen überprüfen und anpassen wolle. Er versprach, die Bevölkerung stärker in die Verhandlungen einzubeziehen und die Gewinne aus dem Bergbausektor zum Ausbau eines Sozialstaats zu nutzen. Tatsächlich lösten sich seine Wahlversprechen bald in Luft auf, Humala schlug einen pragmatischen, rechtsgerichteten Kurs ein und begünstigte Unternehmen statt die Bevölkerung. Minenprojekte und Umweltkonflikte nahmen gleichermaßen zu. Im März 2016 verzeichnete die *Defensoría del Pueblo* (Büro des Ombudsmann für Menschenrechte) 208 aktive oder schwelende soziale Konflikte in Peru um ungeklärte Umweltfragen. 60 Prozent davon sind auf Bergbauprojekte zurückzuführen.
Die Kongressabgeordnete Veronika Mendoza, Präsidentschaftskandidatin des linken Parteienbündnisses *Frente Amplio*, betont, dass der Bergbau verantwortungsbewusster betrieben werden müsse. „Die Unternehmen müssen mit den Menschen sprechen, ihre Kritik ernst nehmen", sagt sie. Man könne Themen wie Umweltschutz, die Gesundheit der Menschen oder die Gefährdung von Lebensgrundlagen nicht einfach vom Tisch fegen.

Kolumbien fährt eine ähnlich liberale Wirtschaftspolitik und setzt auf Bergbau für wirtschaftliche Entwicklung. Der Bergbausektor im Land erfuhr im letzten Jahrzehnt einen massiven Umbruch. Die staatlichen Bergbaukonzerne wurden privatisiert, die Kontrollbehörden geschwächt und die Gesetzgebung einseitig zugunsten der Konzerne geändert. Der Staat ist kaum in der Lage, die Einhaltung der Umweltgesetzgebung, der Sicherheitsvorschriften oder der Schutzmechanismen für indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften zu kontrollieren. Statt regionaler Entwicklung fördert der Bergbau in Kolumbien soziale Ungleichheiten und Korruption.
Bolivien, Ecuador und Venezuela fahren politisch einen progressiveren Kurs. Mit der Veränderung der Staats- und Wirtschaftsmodelle war auch eine Neuausrichtung der Ressourcenpolitiken einhergegangen, in den neuen Verfassungen nahmen Menschen- und Umweltrechte deutlich mehr Raum ein. So heißt es in der bolivianischen Verfassung, die durch eine Volksabstimmung 2009 beschlossen wurde: „Die natürlichen Ressourcen sind direktes, unteilbares und unverjährbares Eigentum und Besitztum des bolivianischen Volkes, ihre Verwaltung gemäß dem kollektiven Interesse kommt dem Staat zu." In der Praxis vertiefte die Regierung unter Evo Morales jedoch die einseitige Ausrichtung auf den Export von Rohstoffen. In Ecuador reagierte die Regierung auf die Forderungen sozialer Bewegungen nach Recht auf Partizipation und die Umsetzung des *Buen Vivir*, einer Alternative zum herkömmlichen Konzept von Entwicklung, mit Repressivität. Protestbewegungen werden zunehmend kriminalisiert und individuelle und kollektive Rechte ländlicher Gemeinden auf Nahrung, Wasser und Land werden regelmäßig verletzt.

Die Verheißungen des Bergbaus auf Reichtum für viele sind ein leeres Versprechen. Das Minengeschäft in den Andenländern ist verbunden mit einer extrem hohen Belastung der Umwelt und der existenziellen Bedrohung der Bevölkerung auf dem Land. Fast lehrstückhaft könne das unter dem Namen „Rohstofffluch" bekannte Phänomen der Verarmung ressourcenreicher Länder in Peru durchdekliniert werden, schreibt Caritas International Anfang des Jahres. Schon während der radikalen Wirtschaftsliberalisierung unter dem Diktator Alberto Fujimori seien die Rechte der betroffenen Gemeinden auf ein Minimum beschränkt geblieben, am wirtschaftlichen Erfolg wurden sie nicht beteiligt. Bildung, Gesundheit und Umweltschutz blieben auf der Strecke.
Die Schäden sind eine tickende Zeitbombe, denn die Emissionen der Minen und die Chemikalien zur Weiterverarbeitung der Metalle vergiften Boden und Wasser auf lange Zeit. Selbst Bergwerke, die schon lange stillgelegt sind, hinterlassen schwer belastete Landstriche. Traurige Berühmtheit hat die peruanische Stadt La Oroya als eine der zehn am stärksten verschmutzten Orte der Welt erlangt. Die Bergkuppen sind verätzt von Schwefelsäure, saurer Regen der Metallschmelze aus der Firma Doe Run hat die gesamte Vegetation im Umland sterben lassen. Der Fluss Mantaro ist tot, kein Fisch schwimmt hier mehr. Die Blei-, Cadmium- und Arsenbelastung liegt bei 99 Prozent der rund 20 000 BewohnerInnen über der Norm, wie eine von der katholischen Kirche in Auftrag gegebene Studie ergab. Krebserkrankungen häufen sich.

ila395.pmd 12 11.05.2016, 14:28

„Wir haben in der Luft bis zu 20 000 Mikrogramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter gemessen“, sagt David Parillona, Umweltbeauftragter des Ortes. Der Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation liegt bei 20 Mikrogramm. Dennoch stehen die meisten EinwohnerInnen von La Oroya bis heute hinter der Fabrik, die der bedeutendste Arbeitgeber der bitterarmen Region ist. Auch die Bauern und Bäuerinnen entlang des Mantaro-Flusses fürchten, dass sie ihre Ernte nicht mehr verkaufen können, wenn das ganze Ausmaß der Tragödie bekannt wird.
Die größten Konflikte entzünden sich um Wasser und Land. Beim Förderprozess der Rohstoffe werden große Mengen Wasser benötigt. Das Brauchwasser wird anschließend mit Schwermetallen und Chemikalien verunreinigt wieder in die Flüsse abgeleitet: Blei, Cadmium, Quecksilber, Stickstoff, Arsen und Cyanid. Die Altlasten, die nach Ende der Bergbauaktivitäten zurückbleiben, sind tickende Zeitbomben, in Peru gibt es Tausende davon.
Weder die Bergbauunternehmen noch die Regierung fühlen sich verantwortlich, sich um diese kontaminierten Rückstände zu kümmern. Der Aufwand im laufenden Betrieb wird möglichst gering gehalten, um die notwendigen, aber teuren Standards zu vermeiden. Immer wieder rächt sich das, so wie im November 2015 in Brasilien. Hier waren in einer Eisenerzmine in der Bergbaustadt Mariana die Dämme eines Rückhaltebeckens gebrochen (vgl. ila 393). 62 Millionen Kubikmeter kontaminierter Schlamm und verschmutztes Wasser wurden freigesetzt und verseuchten den Río Doce derart, dass die Lebensgrundlage für 200 000 Menschen für lange Zeit zerstört sein wird.
„Für die Beseitigung der Umweltschäden müssen meist die SteuerzahlerInnen aufkommen“, sagt Susanne Friess, Bergbauexpertin des Hilfswerks Misereor. „Nur die wenigsten Minen übernehmen die Verantwortung für Umweltschäden.“

Die staatlichen Regulierungen für den Bergbau sind extrem schwach. Weder gibt es transparente Umweltverträglichkeitsnachweise noch verbindliche Bodennutzungspläne. Die Umweltkontrolle wird den Unternehmern überlassen, und die staatlichen Behörden arbeiten immer enger mit Großunternehmen zusammen, zum Beispiel durch den Einsatz von PolizistInnen als Werkschutz. Das führt zu einer Kriminalisierung und Ausgrenzung derer, die Bergbau nicht als alternativlos für die Entwicklung Perus betrachten.
Eines der jüngsten Beispiele sind die Auseinandersetzungen um das geplante Kupferbergwerk Tía María im Tal des Tambo-Flusses in der südperuanischen Region Arequipa. Hier protestierte im Frühjahr 2015 die bäuerliche Bevölkerung mit Demonstrationen, Streiks und Straßenblockaden gegen die Inbetriebnahme des Kupferbergwerks. Ab 2017 sollte die Mine im offenen Tagebau bis zu 120 000 Tonnen Kupfer im Jahr fördern und würde damit zu den größten Kupferabbaustätten weltweit zählen. In der landwirtschaftlich geprägten Region befürchteten die Menschen Wasser- und Umweltverschmutzungen durch die geplante Mine. Die Proteste flammten auf, als die vom peruanischen Gesetz vorgeschriebenen Konsultationen der betroffenen Bevölkerung nicht durchgeführt wurden und das Betreiberunternehmen *Southern Perú Copper Corporation* eine mangelhafte Umweltverträglichkeitsstudie zu Tía María veröffentlichte. Im Laufe der Demonstrationen kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Polizei, die mehrere Todesopfer und über hundert Schwerverletzte forderte. *Southern Copper* setzte die Pläne für den Ausbau der Mine letzten Endes aus.
In Cajamarca, im Norden des Landes, halten die Konflikte bis heute an. Hier soll eine neue gewaltige Gold- und Kupfermine eröffnet werden. Conga ist ein Projekt der bereits bestehenden Mine Yanacocha in Cajamarca, einer der größten Goldminen der Welt. Sie gehört mehrheitlich der US-amerikanischen Firma *Newmont*; die peruanische *Buenaventura* ist wichtigster Teilhaber. Schnell flammte in der lokalen Bevölkerung Widerstand gegen das Projekt auf, weil das Conga-Projekt eine Vielzahl von wichtigen Wasserquellen vernichten würde, die für die Land- und Viehwirtschaft betreibende Bevölkerung unverzichtbar sind. „Eine Mine im Tagebau in so einem wichtigen Quellgebiet ist nicht zu verantworten“, betont Milton Sánchez von der *Frente de Defensa Ambiental de Cajamarca*, ein Führer der MinengegnerInnen aus dem Bezirk Celendín bei Cajamarca.
2012 eskalierten die Proteste gegen das Conga-Projekt. Präsident Humala verhängte den Ausnahmezustand, fünf Menschen starben. Zur Symbolfigur für den Widerstand gegen das Megaprojekt wurde die indigene Kleinbäuerin Máxima Acuña de Chaupe. Seit zwölf Jahren weigert sie sich, ihre vier Hektar Land an die Bergbaufirma Yanacocha zu verkaufen, die bereits 5400 Hektar Land an einer Lagune rund um das Dorf Sorochuco aufgekauft hatte. Gegen alle Drohungen und Anfechtungen und trotz jahrelangem Rechtsstreit hält die 42-Jährige mit ihrer Familie Stellung auf ihrem Stück Land. Vergangene Woche wurde ihr in San Francisco der renommierte Goldman-Preis für Umweltschutz verliehen. Gleichzeitig verkündete der Bergbaubranchendienst *mining.com*, dass das Conga-Projekt auf unbestimmte Zeit ausgesetzt würde.

Der Bergbau in den Andenländern wird auch in Zukunft ein konfliktreiches Thema bleiben. Nach wie vor ist der weltweite Hunger nach Rohstoffen ungebrochen. Der verstärkte globale Wettbewerb um fossile Brennstoffe und das Interesse nationaler Regierungen an kurzfristigen Gewinnen lassen vermuten, dass die Andenländer auch in Zukunft stark abhängig vom Export ihrer Rohstoffe bleiben werden. In Peru, wo möglicherweise Keiko Fujimori, die Tochter des damaligen Präsidenten, in wenigen Monaten zur neuen Präsidentin gewählt wird, wird ihr wirtschaftsliberaler Kurs die sozialen Konflikte verschärfen.
Dabei sei es an der Zeit, andere Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes mitzudenken, betont Eduardo Gudynas, Forscher des Lateinamerikanischen Zentrums für Soziale Ökologie (CLAES), in einem Gespräch mit der Zeitung *La República*. „Peru ist kein Bergbauland, das ist ein selbstgeschaffener Mythos“, sagt er. „Kulturell und ökologisch ist Peru immer ein megadiverses Land gewesen.“ Bleibt also zu hoffen, dass Peru und die benachbarten Andenländer eines Tages einen Ausweg aus der Ressourcenabhängigkeit finden. Einen Bergbau zu betreiben, der den Schutz von Umwelt- und Menschenrechten respektiert statt missachtet, wäre ein Anfang. ■

ila395.pmd 13 11.05.2016, 14:28